

„Zeichen für die Zukunft der Bonner Region“ (Conradi), in der die Umzügler keine Ruinen hinterlassen wollen. Ausgegeben für unterirdische Tiefgarage und riesige Magazinflächen wurden bisher rund 200 Millionen Mark, als Endkosten sind 700 Millionen veranschlagt.

Derweil eskaliert der Streit um Dauer und Umfang des Umzugs. Am Rhein fragen sich auch Berlin-Befürworter wie Esters, was denn die alten, neuen Hauptstädter außer flotten Sprüchen und Kompetenzchaos bisher für den gewünschten Eilmarsch an die Spree zu bieten haben.

Die Berliner wiederum sehen in Bonn Verzögerungstaktik, wenn nicht gar Revisionsgelüste im Spiel. Jetzt machen sie wieder kräftig Druck. In einem Brief an Innenstaatssekretär Franz Kroppenstedt erläuterte der Chef der Berliner Senatskanzlei, Volker Kähne, im Auftrag seines Chefs Eberhard Diepgen und

müßten her, so CDU-Diepgen, sonst „bewirken wir einen generellen Attentismus“. Für seinen Staatssekretär, der bis Ende des Monats dem Kabinett einen Bericht über die verschiedenen Möglichkeiten der Funktionsteilung vorlegen soll, antwortete am vergangenen Mittwoch Wolfgang Schäuble.

„Es gibt in Berlin Bestrebungen“, tadelte der CDU-Innenminister im Bonner *General-Anzeiger*, „nicht mehr zur Kenntnis zu nehmen, was in dem Beschluß alles steht.“

Er halte es „für durchaus realistisch und gestaltbar“, daß „mehrere Ministerien in Bonn bleiben“, aber in Berlin „natürlich Kopfstellen“ einrichteten. Im übrigen werde an der Spree ein „Zeitdruck erzeugt, der in der Sache nicht gegeben ist“.

Tatsächlich erscheint es rätselhaft, wie die Arbeitsfähigkeit des Parlaments in Berlin binnen vier Jahren erreicht wer-

und beschlossen Vertraulichkeit. Kostenschätzung damals: 425 Millionen Mark. Billiger und auch innerhalb der Berliner Wunschfrist von vier Jahren wären Arbeitsräume in vorhandenen Gebäuden herzurichten: für die Bundestagspräsidenten im ehemaligen Palais des Reichstagspräsidenten, für die Abgeordneten in den einstigen DDR-Ministerien für Außenhandel und Volksbildung am nahen Boulevard Unter den Linden.

Für alle Neubauten rechnet das Bauministerium mit einem Aufwand von zehn Jahren und Kosten zwischen 1,6 und 2,2 Milliarden Mark.

Angesichts dieser Zeitvorgaben hält Umzugsplaner Esters, Mitglied im Ältestenrat, nichts von Berliner Drängelei. Er hat den Verdacht, die Spree-Athener wollten den Bundestag um jeden Preis ganz fix einsacken: „Dann geht in Berlin derselbe Mist los wie all die Jahre hier in Bonn, dann hangeln wir uns von einem Provisorium zum nächsten.“

Und dazu besteht nur geringe Neigung. Lieber alles ordentlich planen und bauen und dann erst umziehen, ist mehr und mehr die Devise. Bis nach der Jahrtausendwende werde das wohl dauern, kalkuliert letzte Woche Friedrich Bohl, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion. Auch die FDP-Fraktion stellte sich auf einen Umzug um das Jahr 2000 herum ein.

Den Berlinern, so scheint es, bleibt reichlich Zeit, bis ihnen die Segnungen der Staatskarawane zuteil werden.



Noch'n Alternativ-Vorschlag!

tz. München

als Meinung des Senats in rüdem Ton, was sich die Herrscher der Kapitale unter der vom Bundestag versprochenen fairen Arbeitsteilung mit Bonn vorstellen – möglichst alles ganz rasch nach Berlin.

„Innerhalb der nächsten vier Jahre“ müsse auch die Bundesregierung in Berlin arbeitsfähig sein. Das Bundeskanzleramt und sämtliche Ressorts der Bundesregierung gehören nach Berliner Ansicht zum „Kernbereich der Regierungsfunktion“; sie „müssen ihren Sitz am Ort des Parlaments nehmen“.

Von Helmut Kohls Versprechen, den Komplex in Berlin- und Bonn-Gesetzen zu regeln, hält Parteifreund Eberhard Diepgen nichts. „Staatsverträge“ sind dem Regierenden Bürgermeister lieber – weniger kompliziert, schneller machbar und nicht mit Kostenrechnungen belastet. Und rasche Entscheidungen

den soll. Allein für einen kleinen Reichstagsumbau veranschlagt das Bundesbauministerium sechs Jahre (Kosten: 125 Millionen Mark), für eine „mittlere Lösung“ acht Jahre (145 Millionen). Bei der „großen Lösung“ – Wiederherstellung der Kuppel – müsse mit bis zu zehn Jahren Bauzeit gerechnet werden.

Für diese Variante hatte sich schon 1988, als an Einheit und Umzug noch niemand dachte, Bundespräsident Richard von Weizsäcker interessiert. Auf seine Veranlassung griff der Kölner Architekt Gottfried Böhm zu Zeichen- und Rechenstift und verband das Kuppelbauwerk mit einem neuen Plenarsaal zu einer, so loben die Bauministerialen, „funktionalen und architektonischen Einheit von hoher Symbolkraft“.

Präsident, Kanzler und Regierender Bürgermeister der damaligen Altstadt besichtigten das Ergebnis im Juni 1988

Stiftungen

## Kulturell wertvoll

Die neue Bundesstiftung Umwelt, ausgerüstet mit Milliardensummen, fördert vor allem den östlichen Denkmalschutz.

**W**enn Fritz Brickwedde, 42, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt in Osnabrück, auf Dienstreise geht, hat er mitunter seltsame Beifahrer.

So demonstrierte ihm kürzlich, während der Autobahnfahrt nach Hamburg, ein Umweltschutzbauer, wie sich Kunststoffaufkleber zu Brösel verwandeln und wiederverwerten lassen. Der Versuch auf dem Aktenkoffer, umwarb der Erfinder den von Zeitnot geplagten Brickwedde, sei entwicklungsfähig und stattlicher Zuschüsse würdig.

Daß die neue Öko-Stiftung über reichlich Geld verfügt, hat sich bei Verbänden und Lobbyisten herumgesprochen. Vor gut einem Jahr war die Institution aufgrund eines Beschlusses des



**Stiftungschef Brickwedde\*:** „Bruchteil abgeflissen“

Bundeskabinetts gegründet worden: Aus dem Verkauf des bundeseigenen Industriekonzerns Salzgitter an die Preussag AG erhielt die neue Stiftung auf Vorschlag von Kanzler Helmut Kohl und Bundesfinanzminister Theo Waigel 2,5 Milliarden Mark.

Der Jahresetat der größten Umweltstiftung Europas beträgt rund 200 Millionen Mark – fast ein Fünftel des Gesamthaushalts von Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU).

„Vorhaben zum Schutz der Umwelt“, insbesondere unter „Berücksichtigung der mittelständischen Wirtschaft“, sollen nach dem Kabinettsbeschluß mit den Bonner Milliarden gefördert werden. Doch bis heute ist lediglich eine knappe halbe Million Mark für den Umweltschutz ausgegeben worden. Brickwedde: „Von den bewilligten Geldern ist nur ein Bruchteil abgeflissen.“

Auf mehreren Konten bei der Deutschen Bundesbank bringen die Öko-Milliarden saftige Zugewinne. Unter Aufsicht des stellvertretenden Bundesbankpräsidenten und Vorsitzenden des Stiftungskuratoriums, Hans Tietmeyer, sind die Milliarden hochverzinst angelegt. Mit den jährlichen Erträgen muß, so bestimmt es der Stiftungszweck, ein „dauernder Beitrag zum innovativen Umweltschutz“ geleistet werden.

Der warme Regen aus Osnabrück soll zunächst auf den Osten niedergehen. Insgesamt 85 Millionen Mark für ein „Sofortprogramm Neue Bundesländer“ hat das Kuratorium genehmigt. Damit werden Personalkosten für neue Umweltberater bei den Kommunen oder den 28 Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern bestritten. Zudem

\* Im Park der Bundesumweltstiftung in Osnabrück.

ist geplant, rund 100 Umweltforscher an ostdeutschen Universitäten abzusichern.

Die Finanzplanung wird von den Umweltverbänden kritisiert. Denn zahlreiche Projekte der Bundesumweltstiftung kommen nicht unmittelbar der Sanierung der Giftküche Ostdeutschland zugute, sondern sind für Oberflächenkosmetik vorgesehen.

So wurden über 15 Millionen Mark für den Denkmalschutz an ostdeutschen Kirchen, Domen und Schlössern bewilligt. Die Renovierung der Steinfiguren am Turm der Leipziger Thomaskirche etwa läßt sich die Umwelt-

stiftung 4,4 Millionen Mark kosten, obwohl für Denkmalschutz eigentlich die Länder und das Bundesinnenministerium zuständig sind: Bonn steuert nur 400 000 Mark bei. Rund 50 000 Mark wurden sogar einer brandenburgischen „Arbeitsgruppe Glasmalerei“ bewilligt.

Für die Renovierung der Dome im sachsen-anhaltinischen Halberstadt und in Zeit sowie der Marien-Kirche in Greifswald oder für die sächsische Festung Königstein bei Dresden und das Schloß Oranienbaum bei Wörlitz in Sachsen-Anhalt gibt es ebenfalls Öko-Geld. „Diese kulturell wertvollen Baudenkmäler“, verteidigt sich Brickwedde, „sind schließlich alle durch Umweltbelastungen geschädigt.“

Helmuth Röscheisen, Geschäftsführer des Deutschen Naturschutzrings, dessen Verband im Stiftungskuratorium die deutschen Umweltverbände vertritt, mag Brickwedde da nicht folgen: „Nichts gegen den Denkmalschutz, aber dafür gibt es andere Töpfe“ – beispielsweise bei den Kultusministerien.

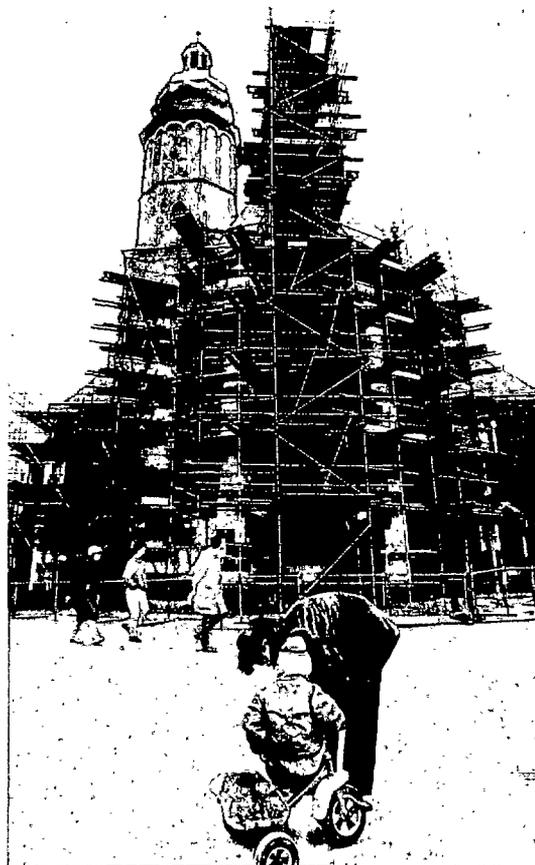
Immerhin will die Bundesumweltstiftung den Bau einer dezentralen Energie-Musterstadt im brandenburgischen Rheinsberg mitfinanzieren. Strittig ist jedoch die zukünftige Unterstützung westdeutscher Umwelt-Projekte. Anfang dieser Woche berät das Kuratorium in Osnabrück erstmals „Förderleitlinien“ für die alten Bundesländer. Nach welchen

Kriterien Geld für die inzwischen 400 beantragten Vorhaben vergeben werden soll, „das wird kontrovers eingeschätzt“, sagt Stiftungssprecher Michael Ditttrich, 30.

Die Umweltverbände bemängeln vor allem, daß die schwerreiche Stiftung nur an Symptomen herumkurierere. Es werde „eine große Chance vertan“, so Naturschützer Röscheisen, „nicht Umwelterparaturpolitik, sondern den ökologischen Umbau mit Stiftungsgeld zu fördern“.

Flott voran geht der Aufbau des Stiftungs-Apparats. Als einen der vier Abteilungsleiter für Umweltbildung holte CDU-Mitglied Brickwedde, bis zum vergangenen Jahr Sprecher des damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht, einen alten Spezi aus dem hannoverschen Umweltministerium nach Osnabrück. Bis zum Jahresende sollen 60 Mitarbeiter die grünen Milliarden verwalten. Vor allem hat sich die Stiftung ein angemessenes Hauptquartier zugelegt. Der Kaufvertrag für eine alte Osnabrücker Fabrikanten-Villa in einem 150 Jahre alten Park auf 10 000 Quadratmetern Grund ist unterzeichnet.

Das Gebäude soll nun aufwendig hergerichtet werden. „Mit einem ökologischen Musterbau“, sagt Brickwedde, „wollen wir Maßstäbe setzen.“



**Stiftungsprojekt Thomaskirche in Leipzig**  
„Andere Töpfe“